NOTARFORMULARE

HERAUSGEGEBEN VOM DEUTSCHEN NOTARVEREIN

> Roglmeier/ Sikora/Krug (Hrsg.)



NotarFormulare Testamente

Muster – Checklisten – Erläuterungen

7. Auflage



Roglmeier/Sikora/Krug (Hrsg.)

NotarFormulare Testamente

NOTARFORMULARE

HERAUSGEGEBEN VOM DEUTSCHEN NOTARVEREIN

NotarFormulare Testamente

Muster – Checklisten – Erläuterungen

7. Auflage 2025

Herausgegeben von

Julia Roglmeier, LL.M.

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht, München

Dr. Markus Sikora, Notar, München

Walter Krug

Vorsitzender Richter am LG a.D., Stuttgart



Vorwort

Die Notarformulare Testamente sind ein echter Klassiker im Angebot des Deutschen Notarverlags. Sie stehen auch bei uns seit vielen Jahren im Regal, immer griffbereit, um die Muster in der täglichen Gestaltungspraxis einzusetzen. Nicht zuletzt deshalb ist es dem Herausgeberteam eine ganz besondere Ehre, dieses Flaggschiff des Erbrechts in neuer Besetzung und Formation in die 7. Auflage zu bringen.

Wir freuen uns sehr darüber, dass es uns gelungen ist, mit der Neuausrichtung des Bearbeiterteams eine optimale Mischung aus erfahrenen Anwälten und Notaren zusammenzustellen. Vielen Dank an Sie alle, dass Sie sich so motiviert ins Zeug gelegt und diese Neuauflage möglich gemacht haben!

Inhaltlich gibt es diverse Neuerungen: So haben wir den kompletten Aufbau des Buchs neu und leserfreundlich sortiert und einiges entschlackt, um Platz zu schaffen für neue praxisrelevante Kapitel. Neben einem neuen Grundlagenkapitel zum Gesellschaftsrecht wurde ein eigenes Kapitel zum Einzeltestament eingeführt. Dem Patchwork- und Geschiedenentestament wird auf über 20 Seiten deutlich größere Aufmerksamkeit gewidmet als noch in der Vorauflage. Zudem gibt es ein neues Kapitel zu Gestaltungen für nichteheliche Paare.

Besonderer Dank gilt natürlich auch den Verlagsverantwortlichen. Allen voran danken möchten wir Frau Marita Blaschko für die hervorragende und professionelle Betreuung.

Unseren Lesern wünschen wir viel Freude bei der Lektüre. Für Anregungen, Lob aber natürlich auch Kritik sind wir jederzeit dankbar und offen.

München und Stuttgart, im Juni 2025

Julia Roglmeier, LL.M.

Dr. Markus Sikora

Walter Krug

Inhaltsübersicht

Vorv	wort	V
Auto	orenverzeichnis	IX
Mus	terverzeichnis	XI
Allg	emeines Literaturverzeichnis	XXV
Teil	I: Grundlagen der Testamentsgestaltung	1
§ 1	Vorfragen Julia Roglmeier	1
§ 2	Beraterpflichten bei der Testamentsgestaltung	11
§ 3	Kosten bei der Testamentserstellung Andreas Janßen	31
§ 4	Formvorschriften bei notarieller Errichtung	47
§ 5	Formvorschriften bei privatschriftlicher Errichtung Julia Roglmeier/Walter Krug	63
§ 6	Gesetzliche Auslegungsregeln Andreas Schindler	75
§ 7	Testierfähigkeit Isabelle C. Losch	95
§ 8	Testierfreiheit Andreas Schindler	137
§ 9	Pflichtteilsberechtigte	155
§ 10	Handels- und gesellschaftsrechtliche Grundlagen	169
§ 11	Steuerrechtliche Grundlagen Catarina Herbst	213
§ 12	Grundlagen des internationalen Rechts Michael Sonnentag	277
§ 13	Stiftungsrechtliche Grundlagen	339

Teil	II: Typische Klauseln letztwilliger Verfügungen	377
§ 14	Vollerbeneinsetzung	377
§ 15	Vor- und Nacherbeneinsetzung	401
§ 16	Vermächtnisanordnung Julia Roglmeier/Walter Krug	435
§ 17	Auflagenanordnungen Fabian Suiver	503
§ 18	Anordnungen für die Erbauseinandersetzung	535
§ 19	Familienrechtliche Anordnungen	563
§ 20	Testamentsvollstreckung	587
§ 21	Schiedsklauseln in letztwilligen Verfügungen	649
Teil	III: Gestaltungstypen	681
§ 22	Einzeltestament Eva Sibylla Allmendinger	681
§ 23	Ehegattentestament Markus Sikora	709
§ 24	Erbvertrag Markus Sikora/Walter Krug	751
§ 25	Testamente für Geschiedene und Patchworkfamilien	799
§ 26	Behindertentestament und Testamente für Überschuldete	823
§ 27	Unternehmertestament	873
§ 28	Testament des Landwirts	927
§ 29	Gestaltungen für nichteheliche Lebensgemeinschaften	953
Stick	nwortverzeichnis	977
Dow	znloadhinweise	1015

Autorenverzeichnis

Eva S. Allmendinger, LL.M.

Rechtsanwältin, Stuttgart

Dr. Denis C. Fehrmann

Rechtsanwalt, Hamburg

Christiane Graß

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Agrarrecht, Wirtschaftsmediatorin, Lehrbeauftragte der Universität Göttingen, Bonn

Rebecca Hahn

Rechtsanwältin, München

Hannah-Silvia Heise

Rechtsanwältin, Notarin, Mediatorin, Darmstadt

Nadine Heller

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht, München

Dr. Catarina Herbst

Rechtsanwältin, Steuerberaterin, Fachanwältin für Steuerrecht, Hamburg

Dr. Claus-Henrik Horn

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Erbrecht, Düsseldorf

Andreas Janßen, LL.M.

Rechtsanwalt, Notar, Fachanwalt für Erbrecht, Braunschweig

Dr. Julian Klinger

Rechtsanwalt, München

Louisa Klinghardt

Rechtsanwältin, Hamburg

Astrid Lente-Poertgen

Vors. Richterin am Landessozialgericht a.D., Essen

Nina Lenz-Brendel

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht, Wirtschaftsmediatorin, Mannheim

Isabelle C. Losch

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht, Frankfurt am Main

Mark Uwe Pawlytta

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Moritz Poertgen

Referent für Zivil- und Sozialrecht, Essen

Giuseppe Pranzo, LL.M.

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Erbrecht, Fachberater für Unternehmensnachfolge (DStV e.V.), Stuttgart

Iulia Roglmeier, LL.M.

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht, Fachberaterin für Unternehmensnachfolge (DStV e.V.), Wirtschaftsmediatorin, München

Dr. Andreas Salzmann, LL.M.

Notar, Hof

Dr. Andreas Schindler, LL.M.

Rechtsanwalt, Empfingen

Ursula Seiler-Schopp

Rechtsanwältin, Notarin, Fachanwältin für Erbrecht, Hirschhorn

Dr. Markus Sikora

Notar, München

Prof. Dr. Michael Sonnentag

Universitätsprofessor, Potsdam

Fabian Suiver, LL.B., LL.M.

Rechtsanwalt, Fachberater für Unternehmensnachfolge (DStV e.V.), Münster

Musterverzeichnis

§ 1	Vorfragen
1.1.	Ausgangslageschreiben an den Mandanten
§ 2	Beraterpflichten bei der Testamentsgestaltung
2.1. 2.2. 2.3. 2.4. 2.5.	Mandantenerklärung zur Beauftragung und Kommunikation im Rahmen eines Testamentsmandats
§ 3	Kosten bei der Testamentserstellung
3.1.	Vergütungsvereinbarung für die Beratungstätigkeit
§ 6	Gesetzliche Auslegungsregeln
6.1. 6.2. 6.3. 6.4. 6.5. 6.6. 6.7.	Wegfall der Ersatzerbschaft der Abkömmlinge bei Pflichtteilsgeltendmachung des Vorfahren85Ausschluss der Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaft85Einschränkung der Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaft85Ersatzerben im Schlusserbfall86Anwachsung85Anwachsung bei Abkömmlingen85Vorrang der Ersatzerbschaft96Vorrang der Ersatznacherbschaft96
§ 8	Testierfreiheit
8.1. 8.2. 8.3. 8.4. 8.5.	Freier Änderungsvorbehalt
§ 9	Pflichtteilsberechtigte
9.1. 9.2. 9.3. 9.4. 9.5.	Enterbung
§ 10	Handels- und gesellschaftsrechtliche Grundlagen
10.1.	Handelsregisteranmeldung: Übergang auf mehrere Miterben in Erben-
10.2.	gemeinschaft

10.3.	Handelsregisteranmeldung: Erbfolge mit angeordneter Testamentsvoll-	
	streckung	179
10.4.	Fortsetzungsklausel	180
10.5.	Einfache erbrechtliche Nachfolgeklausel	187
10.6.	Einfache erbrechtliche Nachfolgeklausel mit Vermächtnisoption	187
10.7.	Qualifizierte erbrechtliche Nachfolgeklausel	190
10.8.	Abwandlung hinsichtlich der Zulässigkeit von angenommenen Kindern	190
10.9.	Verpflichtung zur Anordnung der Testamentsvollstreckung	191
10.10.	Vorgaben für die Gesellschaftsverträge von Familiengesellschaften	191
10.11.	Qualifizierte Nachfolgeklausel mit angepasster Vermächtnisoption	192
10.12.	Modifizierte qualifizierte Nachfolgeklausel mit ergänzendem Eintrittsrecht	
	zur Beibehaltung der Gesellschafterzahl	193
10.13.	Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklausel	194
10.14.	Einfache Eintrittsklausel	195
10.15.	Eintrittsklausel mit Treuhandlösung	196
	Ausführliche Abfindungsklausel	198
10.17.	Abfindungsausschluss im Falle des Fehlens nachfolgeberechtigter	
	Personen	200
10.18.	Handelsregisteranmeldung: Tod des persönlich haftenden Gesellschafters/	
	Auflösungsbeschlussfassung	202
10.19.	Handelsregisteranmeldung: Tod eines Kommanditisten mit mehreren Erben	
	und Nachfolgern	203
10.20.	Handelsregisteranmeldung: Tod eines Kommanditisten mit mehreren	
	Erben, aber nur einem Nachfolger	203
10.21.	Handelsregisteranmeldung: Vermächtniserfüllung	204
	Handelsregisteranmeldung: Fortsetzung einer durch Tod des persönlich	
	haftenden Gesellschafters aufgelösten KG	205
10.23.	Qualifizierte Vinkulierungsklausel bei der GmbH	206
	Einfache Einziehungsklausel	207
	Klausel zur Einziehung von Geschäftsanteilen ohne Zustimmung des	
	Gesellschafters	208
10.26.	Abtretungsklausel mit Bestimmungsrecht der Gesellschafter	209
	Abtretungsklausel mit Ermächtigung zur Umsetzung	210
	Umfassende Vertreterklausel	210
§ 12	Grundlagen des internationalen Rechts	
12.1.	Konkretisierung des gewöhnlichen Aufenthalts bei dauerhaftem Umzug ins	
	Ausland	283
12.2.	Konkretisierung des gewöhnlichen Aufenthalts bei unklarem Verbleib im	
	neuen Staat	284
12.3.	Konkretisierung des gewöhnlichen Aufenthalts bei Berufspendlern	285
12.4.	Konkretisierung des gewöhnlichen Aufenthalts bei Rentnern mit teilweisem	
	Aufenthalt im In- und Ausland	285
12.5.	Konkretisierung des gewöhnlichen Aufenthalts zum Ausschluss der	
	Ausweichklausel des Art. 21 Abs. 2 EuErbVO	288
12.6.	Hinweis des Rechtsanwalts bzw. Notars auf die Bedingung der Fortdauer	
	(oder Wiederbegründung) des gewöhnlichen Aufenthalts	288
12.7.	Rechtswahlklausel	289
12.8.	Rechtswahl eines Mehrstaaters	290
12.9.	Rechtswahl eines Mehrrechtsstaaters.	290

12.10. 12.11	0	294 295
12.12.		302
	Bindungswirkungen des Erbvertrags	311
12.14.	Gleichstellungserklärung des Adoptivkinds	316
12.15.	Gleichstellungserklärung des Adoptivkinds nach ausländischem Recht	316
12.16.		321
12.17.		321
		322
		322
		323
		323
12.22.	Strafklausel für den Fall der Anfechtung oder der Geltendmachung der	
		323
12.23.		337
12.24.	Hinweis auf die fehlende Pflicht zur Kenntnis und Beratung nach auslän-	
	0	338
12.25.	Hinweis auf Beratung nach ausländischem Recht	338
§ 13	Stiftungsrechtliche Grundlagen	
13.1.	Mustersatzung für eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung gem. Anlage 1 AO	346
13.2.	Ausführliche Stiftungssatzung einer gemeinnützigen rechtsfähigen	346
13.3.	O .	350
13.4.		352
13.5.		355
13.6.	Auszug aus einem handschriftlichen Testament mit der Errichtung einer	555
13.0.		369
§ 14	Vollerbeneinsetzung	
14.1.	Klarstellung: Kein Widerruf von vertraglichen Bezugsrechten	379
14.2.		381
14.3.	Schlusserbeneinsetzung, Erbeinsetzung für den Fall des gleichzeitigen	
		381
14.4.		382
14.5.		382
14.6.		387
14.7.	O Company of the comp	388
14.8.		389
14.9.		391
		391
14.11.	Wiederverheiratungsklausel mit Vermächtnis zugunsten der gemeinsamen	-
		391
14.12.	Aufhebung der Wechselbezüglichkeit der Schlusserbeneinsetzung bei	392
14 13	, v	393
14 14	Ausschluss des Anfechtungsrechts wegen Übergehung von Pflichtteils-	513
111111		394

14.15.	Alleinerbeneinsetzung	394
	Erbeinsetzung nach Quoten	394
	Erbeinsetzung auf einen gemeinschaftlichen Erbteil	395
	Erbeinsetzung auf mehrere Erbteile	395
14.19.	Bestimmung eines Ersatzerben unter Ausschluss von §§ 2068, 2069 BGB	397
	Ausschlass der Ersatzerbenvermutung zugunsten von Abkömmlingen bei Ausschlagung	397
14 21	Ausschluss gesetzlicher Ersatzerbenvermutungen	398
	Ersatzerbenbestimmung durch Bezugnahme auf die gesetzlichen	398
14.22	Regelungen	
14.23.	Enterbung	399
14.24.	Allgemeines, Erbeinsetzung, Vorausvermächtnis mit Drittbestimmung, Enterbung	399
§ 15	Vor- und Nacherbeneinsetzung	
15.1.	Anordnung der befreiten Vorerbschaft	409
15.2.	Vermächtnis auf den Überrest	410
15.3.	Bedingtes Vermächtnis zur Ermöglichung bestimmter Verfügungen	411
15.4.	Bestimmung eines Ersatznacherben	415
15.5.	Immobilien-Nießbrauchvermächtnis zugunsten des längerlebenden Ehegatten	417
15.6.	Wiederverheiratungsklausel	422
15.7.	Gegenständlich beschränkte Vor- und Nacherbschaft	423
15.8.	Grundbesitzvermächtnis als Alternative zur beschränkten Vor- und Nach-	123
13.0.	erbschaft	424
15.9.	(Voraus-)Vermächtnis in das Eigenvermögen des Vorerben	424
	Vermächtnis – Verpflichtung zur Zustimmung	425
	(Voraus-)Vermächtnis zugunsten eines Vorerben	426
	Nacherbentestamentsvollstreckung gem. § 2222 BGB	427
	Vollständige Befreiung von § 2119 BGB	428
	Reduzierung des § 2119 BGB auf eigenübliche Risikoklasse	428
	Eintragungsantrag Wirksamkeitsvermerk bei Auflassungsvormerkung	429
	Ausschluss der Veräußerlichkeit der Nacherbenanwartschaft	432
	Ermöglichung der dauerhaften Beendigung der Vor- und Nacherbschaft	132
13.17.	durch Übertragung auf den Vorerben	433
§ 16	Vermächtnisanordnung	133
	-	
16.1.	Bestimmung eines Ersatzvermächtnisnehmers	441
16.2.	Vermächtnisnehmer als Testamentsvollstrecker	441
16.3.	Vermächtnisanordnung mit auflösender Bedingung	443
16.4.	Vermächtnisanordnung mit teilweise auflösender Bedingung	444
16.5.	Zurückbehaltungsrecht bis Vermächtniserfüllung	444
16.6.	Zurückbehaltungsrecht bis Vermächtniserfüllung (Geldbetrag)	444
16.7.	Verschaffungsvermächtnis, wenn der Gegenstand nicht mehr im Nachlass	
	ist	446
16.8.	Bestimmungsvermächtnis	449
16.9.	Bestimmungsvermächtnis mit Auswahlkriterien und Abfindung	449
16.10.	Gattungsvermächtnis mit Bestimmungsrecht des Beschwerten	450
16.11.	Gattungsvermächtnis mit Bestimmungsrecht des Bedachten	450
16.12.	Wahlweise Zuwendung von Gegenständen	450

16.13.	Zweckvermächtnis mit Bestimmungsrecht des Beschwerten	451
16.14.	Zweckvermächtnis und Auswahl des Bedachten	451
16.15.	Nachvermächtnis	454
16.16.	Nachvermächtnis mit Testamentsvollstreckereinsetzung	455
16.17.	Belastung eines Vermächtnisnehmers mit einem Untervermächtnis	455
16.18.	Grundstücksvermächtnis	457
16.19.	Grundstücksvermächtnis mit Lastentragungspflicht	458
16.20.	Gegenstandsvermächtnis mit Freistellungsverpflichtung	458
16.21.	Vermächtnisweise Zuwendung einer Eigentumswohnung	459
16.22.	Vermächtnis betr. Haushaltsgegenstände	460
16.23.	Geldvermächtnis mit Indexklausel	461
16.24.	Geldvermächtnis mit Anpassung an den tatsächlichen Wert des Nach-	
	lasses	461
16.25.	Wertmäßiges Geldvermächtnis	461
	Vermächtnisweise Zuwendung von Geldvermögen	462
16.27.	Pflegevergütungsvermächtnis mit Bestimmungsrecht	464
16.28.	Auflage und Pflegevergütungsvermächtnis – Testamentsvollstreckung	464
16.29.	Nießbrauchsvermächtnis zugunsten des Ehepartners – Vermächtnis betr.	
	Haushaltsgegenstände	466
16.30.	Erbengemeinschaft – Nießbrauch des Überlebenden an den Erbteilen der	
	Kinder – Testamentsvollstreckung – Hausratsvermächtnis – Wiederverhei-	
	ratungsklausel – beschränkter Änderungsvorbehalt – Pflichtteilsklausel	467
16.31.		
	Gesellschaftsbeteiligung – Nießbrauch – Pflichtteilsverzichtsvertrag	469
16.32.	Vorausvermächtnis mit Quotennießbrauch als Untervermächtnis	472
16.33.	Nießbrauchsvermächtnis mit Einigungserklärung und Eintragungs-	
	bewilligung des Erblassers	473
	Nießbrauchsvermächtnis mit Vollmacht für Vermächtnisnehmer	474
16.35.	Wohnungsrechtsvermächtnis – teilweise als Verschaffungsvermächtnis bei	
	nur hälftigem Miteigentum im Nachlass – dingliche Einigung	486
16.36.	Einseitiger Erbvertrag – Dienstleistungsverpflichtung – Wohnungsrechts-	
	vermächtnis – Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht	487
	Einschränkung des Kreises der aufzunehmenden Personen	489
	Nichtgestatten der Überlassung an Dritte	490
	Gestattung der Ausübung durch Dritte	490
	Eingeschränkte Gestattung der Ausübung durch Dritte	490
	Untervermächtnis in Form eines Unterhaltszuschusses als dauernde Last	492
	Rentenzahlungsverpflichtung mit Reallast	493
16.43.	Vermächtnisweise Zuwendung eines Vorkaufsrechts an beweglichen	
	Sachen	495
	Vermächtnisweise Zuwendung eines dinglichen Vorkaufsrechts	495
16.45.	Befristetes Vorkaufsrecht	496
	Nichtübertragbarkeit und Nichtvererblichkeit des Vorkaufsrechts	498
16.47.	Schuldrechtliches Vorkaufsrecht mit günstigem Kaufpreis; Vormerkungs-	
	anspruch	498
	Ankaufsrechtsvermächtnis	499
16.49.	Vermächtnis zur Vereinbarung einer Verlängerung der Verjährungsfrist von	
	Pflichtteilsansprüchen	500
16.50.	Schuldbefreiungsvermächtnis	500

	Nachträgliche Ausgleichungsbestimmung durch Vermächtnis	500 501
§ 17	Auflagenanordnungen	
17.1. 17.2. 17.3.	Kurze Auflagenanordnung mit belasteten Erben	511 511
	Bedingung der Auflagenerfüllung	512
17.4.	Kurze Auflagenanordnung mit belasteten Vermächtnisnehmern	512
17.5. 17.6.	Ausführliche Auflagenanordnung mit belasteten Vermächtnisnehmern Ausführliche Auflagenanordnung mit belasteten Vermächtnisnehmern	513
	unter auflösender Bedingung der Auflagenerfüllung	513
17.7.	Wahlauflage	514
17.8.	Gattungsauflage	514
17.9.	Zweckauflage	514
17.10. 17.11.	Zweckauflage mit Drittbestimmung des Begünstigten	515
	tion	515
	Spendenauflage	517
	Auflagenanordnung betreffend eine Kunstsammlung	518
	Auflage, sich der Verfügung über Grundbesitz ohne Genehmigung zu enthalten	518
	Bestattungsverfügung	521
	Grabpflegeanordnung	522
	Stiftungsgeschäft von Todes wegen mit einem Erben als Stiftungsträger	524
17.18.	Stiftungsgeschäft von Todes wegen mit einem Vermächtnisnehmer als Stiftungsträger	525
17.19.	Testamentarische Verfügung der Treuhandlösung	527
	Testamentarische Verfügung der Vollmachts- und der Treuhandlösung	529
	Absicherung der Unternehmensnachfolge in Personengesellschaftsanteile bei Anordnung der Testamentsvollstreckung über diese	530
17.22.	Absicherung der Unternehmensnachfolge in Einzelunternehmen	533
§ 18	Anordnungen für die Erbauseinandersetzung	
18.1.	Teilungsanordnung	538
18.2.	Teilungsanordnung und Testamentsvollstreckung	539
18.3.	Vorausvermächtnis	541
18.4.	Überquotale Teilungsanordnung	546
18.5.	Hausratsvermächtnis	547
18.6.	Wohnungsrechtvermächtnis	547
18.7.	Vorausvermächtnis an den Vorerben	549
18.8.	Steuerfreie Zugewinnausgleichsforderung an den Ehegatten	550
18.9.	Ausgleichungsbestimmung durch Vorausvermächtnis	550
18.10.	Übernahmerecht als Vorausvermächtnis	552
18.11.	Übernahmerecht als Teilungsanordnung	553
18.12.	Teilungsverbot als Teilungsanordnung	557
18.13.	Teilungsverbot als Vermächtnis für alle Miterben	558
18.14.	Teilungsverbot als Vermächtnis für einen Miterben	558
18.15.	Teilungsverbot als Auflage ohne Sanktion	559
18.16.	Teilungsverbot als Auflage mit Sanktion	559

	Teilungsverbot als Auflage mit Sanktion und Testamentsvollstreckung Auflösend bedingtes Teilungsverbot	560 561
§ 19	Familienrechtliche Anordnungen	
19.11. 19.12. 19.13. 19.14. 19.15. 19.16.	Benennung eines Pflegers bei Testamentsvollstreckung. Quotenvermächtnis mit gestaffelter Testamentsvollstreckung. Kein Vermögensverzeichnis. Entziehung des Verwaltungsrechts, Pflegerbenennung Entziehung des Verwaltungsrechts bei Pflichtteil Verwaltungsentzug bei geschiedenen Eltern Verwaltungsanordnung bei Begünstigung des Enkelkindes Ausschluss des Unterhaltsverwendungsrechts Verwaltungsanordnung bei Pflichtteil Benennung der Person des Zuwendungspflegers Anordnung der befreiten Zuwendungspflegers Anordnung zur Vermögensverwaltung Vormundbenennung Ausschluss einer Person als Vormund Vormundbenennung mit Befreiung. Bestimmung als Vorbehaltsgut	570 574 577 578 578 579 579 580 581 582 582 583 584 584 584 585
§ 20	Testamentsvollstreckung	
20.1. 20.2.	Anordnung einer Abwicklungsvollstreckung	592594
20.3.	Verwaltungsanordnung gem. § 2216 Abs. 2 BGB bei minderjährigem Erben mit Indexklausel	595
20.4.	Anordnung der Verwaltungsvollstreckung bezüglich eines Wertpapierdepots	596
20.5. 20.6. 20.7. 20.8.	Testamentsvollstreckung an einem Erbteil mit Verwaltungsvollstreckung Testamentsvollstreckung an einem Erbteil ohne Verwaltungsvollstreckung Testamentsvollstreckung bei Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht Anordnung einer Vermächtnisvollstreckung und Ernennung des Allein-	596 596 596
20.9.	erben zum Vermächtnisvollstrecker	597 598
20.10.	0 0	
20.11.	erben	600
20.12.	Anordnung der Verwaltungstestamentsvollstreckung sowohl für den Vorerben als auch für den Nacherben und Anordnung der Nacherbentestamentsvollstreckung	601
20.13.	Anordnung der Testamentsvollstreckung mit der einzigen Aufgabe der	603
20.14.	Nacherbenvollstreckung	603
20.15.	Anordnung einer beaufsichtigenden Testamentsvollstreckung gem. § 2208 Abs. 2 BGB	605

20.16.	Testamentsvollstreckung an einem Erbteil mit Auseinandersetzungs-	(0(
20.17.	vollstreckung	606
	mungsvermächtnisses	606
	Bestimmung des Testamentsvollstreckers durch einen Dritten	608
20.19.	Ersuchen an das Nachlassgericht gem. § 2200 Abs. 1 BGB	609
	Ausschluss der Ernennung eines Testamentsvollstreckers durch das Nachlassgericht.	610
20.21.	Ernennung des gesetzlichen Vertreters zum Testamentsvollstrecker mit Ermächtigung zur Ernennung eines Mitvollstreckers gem. § 2199 Abs. 1	
20.22.	BGB Ernennung von Ersatztestamentsvollstreckern in Kombination mit einem	611
	Ersuchen an das Nachlassgericht gem. § 2200 BGB	616
20.23.	Anordnung von Stimmenmehrheit bei mehreren Testamentsvollstreckern	617
20.24.	Anordnung des Stichentscheids bei Meinungsverschiedenheiten mehrerer Testamentsvollstrecker	618
20.25	Benennung eines Schiedsrichters bei Meinungsverschiedenheiten mehrerer	010
20.23.	Testamentsvollstrecker	618
20.26	Ernennung von Nebenvollstreckern	619
	Ermächtigung des Testamentsvollstreckers gem. § 2299 Abs. 1 BGB zur	017
20.27.	Ernennung eines Mitvollstreckers	619
20.28	Ermächtigung des Testamentsvollstreckers gem. §2199 Abs. 2 BGB zur	017
20.20.	Ernennung eines Nachfolgers	619
20.29	Ermächtigung des Testamentsvollstreckers gem. § 2199 Abs. 2 BGB zur	017
20.27.	Ernennung eines Nachfolgers und einer Ersatzperson vor Annahme seines	
	Amts (Kombination mit § 2198 BGB)	620
20.30	Anordnung der Vergütung des Testamentsvollstreckers auf Grundlage der	020
20.50.	Empfehlungen des Deutschen Notarvereins (2025)	622
20 31	Berücksichtigung von Personengesellschaftsanteilen bei der wertorien-	022
20.51.	tierten Vergütung des Testamentsvollstreckers	622
20.32	Anordnung einer am Nachlasswert orientierten Vergütung	623
	Anordnung einer zeitorientierten Vergütung in Kombination mit einer	023
20.00.	wertorientierten Vergütung	624
20 34	Berufsmäßige Dienste des Testamentsvollstreckers	625
	Aufwendungsersatzanspruch des Testamentsvollstreckers einschließlich	020
	Versicherungsprämien	625
20.36	Umsatzsteuer auf Testamentsvollstreckervergütung	626
	Vergütungsregelung bei mehreren Testamentsvollstreckern	627
	Vergütung des Testamentsvollstreckers bei Erbteilsvollstreckung	628
	Vergütung des Testamentsvollstreckers bei Vermächtnisvollstreckung	628
	Auflage an die Erben, die Vollmacht des Testamentsvollstreckers nicht zu	020
	widerrufen	631
20.41.	Aufschiebend bedingtes Vermächtnis bei Widerruf der Vollmacht des	
	Testamentsvollstreckers	631
20.42.	Anordnung einer Abwicklungstestamentsvollstreckung an einem Einzel- unternehmen	633
20.43	Testamentsvollstreckung an einem Einzelunternehmen in Form der	055
20.10.	Treuhandlösung	635
20 44	Testamentsvollstreckung an einem Einzelunternehmen in Form der	000
_0.11.	Vollmachtslösung	636

	Anordnung der Testamentsvollstreckung an einem Einzelunternehmen mit umfassendem Wahlrecht des Testamentsvollstreckers	638
	Anordnung der Testamentsvollstreckung an einer Kommanditbeteiligung Befreiung des Testamentsvollstreckers von den Beschränkungen des § 181 BGB bei der Wahl des GmbH-Geschäftsführers	642
§ 21	Schiedsklauseln in letztwilligen Verfügungen	
21.1. 21.2.	Schiedsklausel der DSE e.V. (Einzeltestament)	678 679
§ 22	Einzeltestament	
22.1. 22.2. 22.3. 22.4.	Einzeltestament für Alleinstehende mit Verwandten	691 693 698 702
		702
§ 23	Ehegattentestament	
23.1.	Grundmuster – Einheitliche Erbeinsetzung	713
23.2.	Grundmuster – Getrennte Verfügungen der Ehegatten	713
23.3.	Fälligkeit eines Vermächtnisses nach dem Tod des ersten Ehegatten	716
23.4.	Geldvermächtnis nach dem Tod des ersten Ehegatten mit Verzinsungs-	716
23.5.	abrede	718
23.6.	Schlusserbeneinsetzung bei der Trennungslösung	718
23.7.	Familienheimvermächtnis	720
23.8.	Gegenseitige Einsetzung zu Vollerben in gemeinsamer Formulierung	722
23.9.	Erbeinsetzung des anderen Ehegatten zum Vollerben	722
23.10.	Schlusserbeneinsetzung der gemeinsamen Abkömmlinge nach den Regeln	
	der gesetzlichen Erbfolge	722
23.11.	Schlusserbeneinsetzung anderer Personen als gemeinsame Kinder	722
23.12.	Ersatzschlusserbeneinsetzung eines Familienstamms	723
	Ersatzschlusserbeneinsetzung beider Familienstämme	723
23.14.	Unmittelbare Erbeinsetzung der Kinder mit Nießbrauch an Geldvermögen und Hausrat für den Ehegatten	724
23.15.	Nießbrauch an einer Immobilie mit vom Gesetz abweichender Formulierung in Bezug auf die Kostentragung	724
23 16	Bedingte Erwerbsrechte für den überlebenden Ehegatten	725
	Testamentsvollstreckung zur Vermächtniserfüllung	725
		726
	Überlebender Ehegatte als (befreiter) Vorerbe	727
	Beschränkung der Vor- und Nacherbfolge auf (bestimmten) Grundbesitz	727
	Geldvermächtnis, nicht wertgesichert	729
	Geldvermächtnis, wertgesichert	729
	Geldvermächtnis in Höhe des Erbschaftsteuerfreibetrags	729

23.24.	Geldvermächtnis in Höhe des Erbschaftsteuerfreibetrags unter Berücksichtigung des noch zur Verfügung stehenden Freibetrags des Über-	
		29
23.25.		29
		30
		30
23.28.	Rentenvermächtnis	30
23.29.		31
		31
23.31.		32
23.32.	Supervermächtnis	32
		33
23.34.		33
		34
	Testamentsvollstreckung beim zweiten Erbfall in Bezug auf das Erlangte	
		35
23.37.	Testamentsvollstreckung beim zweiten Erbfall in Bezug auf das Erlangte	
	von minderjährigen Erben/Vermächtnisnehmern – Variante II	
		35
23.38.		37
23.39.		37
23.40.		37
23.41.		38
		38
	Beschränkung der Bindung auf Vermögen, das zum Zeitpunkt des Erst-	
		38
23.44.	Entfallen der gegenseitigen Erbeinsetzung bei Scheidung, Aufrechterhaltung	
		39
23.45.	Entfallen aller Verfügungen bei Ehescheidung	39
23.46.		39
23.47.		41
	Wiederverheiratungsklausel mit Grundbesitzvermächtnis und Unternieß-	
	brauchsvermächtnis	41
23.49.		41
23.50.	Anordnung der Nacherbentestamentsvollstreckung	42
23.51.	Wiederverheiratung als Bedingung für die Nacherbfolge	42
23.52.		42
23.53.	Ende der Bindungswirkung bei Wiederverheiratung	42
23.54.		42
23.55.	Ausschluss des Selbstanfechtungsrechts gem. § 2079 BGB	43
23.56.	Pflichtteilsstrafklausel – Variante I	44
23.57.	Pflichtteilsstrafklausel – Variante II	44
23.58.	Gesamtmuster – Einheitslösung mit Supervermächtnis zugunsten der	
	Kinder 74	46
§ 24	Erbvertrag	
24.1.	Erbvertrag von in Scheidung lebenden Ehegatten – Scheidungsvereinba-	
	rung – Auseinandersetzungsausschluss – Schuldrechtliches Nutzungsrecht –	
		57

24.2.	Ehegattenerbvertrag – gesetzliche Erbfolge – Vermachtnis bezuglich	
	Gesellschaftsbeteiligung – Nießbrauch – Pflichtteilsverzichtsvertrag	759
24.3.	Erbvertrag unter nichtehelichen Lebenspartnern – Grundstücksvermächt-	
	nis – Vollmacht zur Vermächtniserfüllung	761
24.4.	Erbvertrag unter drei Geschwistern	762
24.5.	Ehe- und Erbvertrag – Rechtswahl Güterrechtsstatut und Ehewirkungssta-	
	tut – modifizierte Zugewinngemeinschaft – Rechtswahl Erbrechtsstatut –	
	Auseinandersetzungsausschluss als Vorausvermächtnis	764
24.6.	Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht	770
24.7.	Entbindung von der notariellen Verschwiegenheitspflicht	770
24.8.	Zustimmung des Vermächtnisnehmers zu Aufhebungstestament	778
24.9.	Aufhebungstestament nach Zustimmung durch den Vermächtnisnehmer	779
24.10.	Aufhebung eines Erbvertrags	780
24.11.	Aufhebung eines Erbvertrags durch gemeinschaftliches Testament	780
24.12.		
22.	schlagung	780
24 13	Selbstanfechtung eines gegenseitigen Erbvertrags nach Hinzutreten eines	, 00
21.13.	Pflichtteilsberechtigten	789
24.14	Rücktritt des Erblassers vom einseitigen Erbvertrag	795
	Rücktritt durch Testament.	796
24.13.	Rucktritt durch Testament	7 70
§ 25	Testamente für Geschiedene und Patchworkfamilien	
25.1.	Erbeinsetzung	802
25.2.	Anordnung der Vor- und Nacherbfolge	802
25.3.	Befreiung des Vorerben	803
25.4.	Bestimmung der Nacherben	803
25.5.	Auflösende Bedingung: Tod des früheren Partners	803
25.6.	Auflösende Bedingung: Erbverzicht des früheren Partners	803
25.7.	Befristung und weitere Bedingung	803
25.8.	Auflösende Bedingung: Geburt eigener Abkömmlinge	804
	Bedingtes Vorausvermächtnis	804
25.9.		004
25.10.		005
25 11	besitzes	805
	Gesamtmuster Vor- und Nacherbenmodell	807
	Herausgabevermächtnis	810
	Vermächtnismodell – Auswahl des Vermächtnisnehmers durch den Erben	811
	Vor- und Nachvermächtnis	812
25.15.	Bedingtes Quotenvermächtnis	814
	Ehegattentestament/Patchworktestament nach dem Vermächtnismodell	815
	Einzeltestament/Geschiedenentestament nach dem Kombinationsmodell	818
	Entziehung des Rechts zur Verwaltung des Erwerbs von Todes wegen	819
	Entziehung des Rechts zur Verwaltung des Pflichtteils	819
25.20.	Vormundbenennung	821
§ 26	Behindertentestament und Testamente für Überschuldete	
26.1.	Anordnung eines Geldvermächtnisses beim Behindertentestament bei	
	Schenkungen	842
26.2.	Auflösende Bedingung für den Fall des Vorversterbens des behinderten	047
27.3	Kindes	846
26.3.	Vor- und Nacherbschaft bei behinderten Erben	857

26.4.	0	859
26.5.		862
26.6.		863
26.7.		866
26.8.	Testament zugunsten eines Überschuldeten	867
§ 27	Unternehmertestament	
27.1.		891
27.2.	0	894
27.3.	Vermächtnisweise Zuwendung des Unternehmensnießbrauchs an einem	898
27.4.	Einzelunternehmen	878
۷/.T.		899
27.5.		900
27.6.		902
27.7.		903
27.8.	Anordnung der Vor- und Nacherbschaft durch einen (Einzel-)Unter-	904
27.9.	Anordnung eines Vorausvermächtnisses aller Nachlassgegenstände mit	905
27.10.	Zuwendung eines Einzelunternehmens über eine Teilungsanordnung mit	906
27.11.	Auflage zur Unternehmensfortführung in Verbindung mit einer bedingten	910
27.12.	Zuwendung des Werts der Beteiligung an den qualifizierten Miterben	913
27.13.	Testamentarische Gestaltung des Ausgleichsanspruchs weichender Erben	913
27.14.	1	915
	Vermächtnisweise Zuwendung des Nießbrauchs an einem Personengesell-	917
27.16.	Vermächtnisweise Zuwendung des Ertragsnießbrauchs an einem Personen-	918
27.17.		919
	Vorausvermächtnis zugunsten des Vorerben in Höhe des nicht entnahme-	024
27.10		921
	O Company of the Comp	923
		925
27.21.	Zuwendung eines schuldrechtlichen Ertragsvermächtnisses an einem GmbH-Anteil	925
§ 28	Testament des Landwirts	
28.1.	Bestimmung eines Alleinerben bei einem Nachlass mit landwirtschaftlichem	025
28.2.	Ersatzerbenbestimmung bei einem Nachlass mit landwirtschaftlichem	935
20.2		935
28.3.	Wegfall eines Grundstücksvermächtnisses bei fehlender Genehmigung	935

28.4.	Ersatzvermächtnis bei fehlender Genehmigung eines Grundstücks-
	vermächtnisses
28.5.	Altenteilvermächtnis für den überlebenden Ehegatten
28.6.	Ertragswertanordnung
28.7.	Zuwendung eines Landguts durch Vorausvermächtnis
28.8.	Zuwendung eines Landguts durch Teilungsanordnung 937
28.9.	Festlegung eines erhöhten Anrechnungsbetrags
28.10.	Nachabfindungsklausel in Anlehnung an die Höfeordnung 938
28.11.	Individuell gestaltete Nachabfindungsklausel
28.12.	Struktur eines Testaments über einen Nachlass mit Hof und hoffreiem
20.42	Vermögen
	Hoferbenbestimmung mit Ersatzerbenbestimmung
	Hoferbenbestimmung bei ungesicherter Hofeigenschaft
	Verbesserte Hofabfindung zugunsten der weichenden Erben 946
	Hoferbenbestimmung mit erweiterter Nachabfindungsregelung 940
	Hoferbenbestimmung mit eingeschränkter Nachabfindungspflicht 940
28.18.	Hoferbenbestimmung mit verlängerter Reinvestitionsfrist 947
28.19.	Hoferbenbestimmung mit Altenteilregelung
28.20.	Hoferbenbestimmung mit Pflichtteilsanordnung
28.21.	Hoferbenbestimmung bei einem Ehegattenhof
	Hofvor- und -nacherbschaft
	Abänderung der Regelung zur Verteilung des hoffreien Vermögens 949
28.24.	Nachabfindungsklausel für einen Hof im Sinne der HO-RhPf 952
§ 29	Gestaltungen für nichteheliche Lebensgemeinschaften
29.1.	Vermächtnis über den (fiktiven) Voraus
29.2.	Vermächtnis über den (fiktiven) Zugewinn
29.3.	Analoge Anwendbarkeit von § 2077 BGB bei nichtehelichen Lebenspart-
	nern infolge späterer Heirat und anschließender Scheidung 956
29.4.	Wegfall des Vermächtnisses bei Auflösung des Verlöbnisses 956
29.5.	Fortgeltungswille trotz Auflösung des Verlöbnisses
29.6.	Hausratsvermächtnis an den nichtehelichen Lebensgefährten in Kombina-
27.0.	tion mit einem Patchworktestament (Vor- und Nacherbenlösung) 959
29.7.	Hausratsvermächtnis an den nichtehelichen Lebensgefährten in Kombina-
27.7.	tion mit einem Patchworktestament (Vermächtnislösung)
29.8.	Erbeinsetzung unter auflösender Bedingung des Getrenntlebens 962
29.9.	Wegfall der Erbeinsetzung bei Aufgabe einer gemeinsamen Meldeadresse
27.7.	(auflösende Bedingung)
29.10	Vorbehaltloses Rücktrittsrecht im Erbvertrag
20.10.	Erbeinsetzung des Lebensgefährten mit Anfall von Vermächtnissen bei
27.11.	Verheiratung oder Begründung einer neuen nichtehelichen Lebensgemein-
	schaft
20.12	Erbeinsetzung des Lebensgefährten als Vorerbe mit Nacherbfall bei Verhei-
27.12.	
20 12	ratung oder Begründung einer neuen nichtehelichen Lebensgemeinschaft
∠7.14.	Wegfall des Wohnungsrechtsvermächtnisses bei Verheiratung oder wegen
20.15	Zusammenlebens mit neuem Partner
29.15.	Tragung der Steuerlast im Innenverhältnis
/4 16	Euleramialist arrest Eleganista
20.17	Erbverzicht unter Ehegatten

Musterverzeichnis

29.18.	Zuwendungsverzicht eines Kindes gegenüber einem leiblichen Elternteil	970
29.19.	Einzeltestament nichtehelicher Lebenspartner	972
29.20.	Erbvertrag nichtehelicher Lebenspartner mit Rücktrittsvorbehalt	973

Allgemeines Literaturverzeichnis

Kommentare

Anders/Gehle, Zivilprozessordnung: ZPO, 83. Auflage 2025

Bamberger/Roth/Hau/Poseck, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 5. Auflage 2023

Beck'scher Online-Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch, hrsg. v. Hau/Poseck (zit.: BeckOK BGB/Bearbeiter)

Beck'scher Online Großkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, hrsg. v. Gsell/Krüger/Lorenz/ Reymann (zit.: BeckOGK/Bearbeiter)

Burandt/Rojahn, Erbrecht, 4. Auflage 2022

Damrau/Tanck, Praxiskommentar Erbrecht, 4. Auflage 2020

Daragan/Halaczinsky/Riedel, Praxiskommentar ErbStG und BewG, 4. Auflage 2023

Erman, Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 17. Auflage 2023

Grüneberg, Bürgerliches Gesetzbuch, 84. Auflage 2025

Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung: BRAO, Kommentar, 6. Auflage 2024

juris PraxisKommentar BGB (zit.: jurisPK-BGB/Bearbeiter)

Kapp/Ebeling, Kommentar zum Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz, Loseblattkommentar, Stand 102. Aktualisierung Dezember 2024

Meincke/Hannes/Holtz, Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: ErbStG, 18. Auflage 2021

Moench/Weinmann, Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz, Loseblattkommentar, Stand 104. Aktualisierung Januar 2025

Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (zit.: MüKo-BGB/Bearbeiter):

Band 1: Allgemeiner Teil, 9. Auflage 2021

Band 9: Familienrecht I, 9. Auflage 2022

Band 11: Erbrecht, §§ 1922-2385, §§ 27-35 BeurkG, 9. Auflage 2022

Band 12: Internationales Privatrecht I, Europäisches Kollisionsrecht, Art. 1–26 EGBGB, 9. Auflage 2024

Münchener Kommentar zum FamFG (zit.: MüKo-FamFG/Bearbeiter):

Band 1: §§ 1-270, 4. Auflage 2025

Band 2: §§ 271-493, IZVR, EuZVR, 3. Auflage 2018

Münchener Kommentar zur ZPO (zit.: MüKo-ZPO/Bearbeiter), 6. Auflage 2020 ff.

Musielak/Voit, Zivilprozessordnung, 22. Auflage 2025

NomosKommentar BGB, hrsg. v. Kroiß/Horn (Band-Hrsg.), Band 5: Erbrecht, 6. Auflage 2021 (zit.: NK-BGB/Bearbeiter)

NomosKommentar Nachfolgerecht, hrsg. v. Kroiß/Horn/Solomon, 3. Auflage 2023 (zit.: NK-NachfolgeR/Bearbeiter)

Prütting/Wegen/Weinreich, Bürgerliches Gesetzbuch, 19. Auflage 2024

Reimann/Bengel/Dietz/Sammet, Testament und Erbvertrag, 8. Auflage 2023

RGRK, BGB, Kommentar, 12. Auflage 1974 ff.

Saenger, Zivilprozessordnung, 10. Auflage 2023 (zit.: Hk-ZPO/Bearbeiter)

Schulze/Dörner/Ebert u.a., Handkommentar BGB, 12. Auflage 2024

Soergel, Bürgerliches Gesetzbuch

Band 32: Erbrecht 1: §§ 1922-2146, 14. Auflage 2021

Band 33: Erbrecht 2: §§ 2147-2385, 14. Auflage 2021

Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Buch 5: Erbrecht, §§ 1922–1966, Neubearbeitung 2017; §§ 2229–2302 BGB, Neubearbeitung 2022

Stein/Jonas, Kommentar zur Zivilprozessordnung: ZPO, Bde. 1-12, 23. Auflage 2015 ff.

Sternal (vormals Keidel), Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit: FamFG, 21. Auflage 2023

Thomas/Putzo, Zivilprozessordnung: ZPO, 45. Auflage 2024

Troll/Gebel/Jülicher/Gottschalk, Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz: ErbStG, Loseblatt, Stand 69. Auflage September 2024

Viskorf/Schuck/Wälzholz, Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz, Bewertungsgesetz, 7. Auflage 2023

Zimmermann, Praxiskommentar Erbrechtliche Nebengesetze, 2. Auflage 2017

Zöller, ZPO, 35. Auflage 2024

Lehrbücher, Handbücher, Monographien

Bengel/Reimann/Holtz/Röhl, Handbuch der Testamentsvollstreckung, 8. Auflage 2023

Bonefeld/Kroiß/Tanck (Hrsg.), Der Erbprozess, 6. Auflage 2023

Bonefeld/Wachter (Hrsg.), Der Fachanwalt für Erbrecht, 4. Auflage 2024

Brox/Walker, Erbrecht, 30. Auflage 2024

Enzensberger/Maar, Testamente für Geschiedene und Patchworkehen, 5. Auflage 2024

Frieser (Hrsg.), Formularbuch des Fachanwalts Erbrecht, 4. Auflage 2021

Groll/Steiner, Praxis-Handbuch Erbrechtsberatung, 6. Auflage 2023

Halaczinsky, Die Erbschaft- und Schenkungsteuererklärung, 5. Auflage 2023

Hausmann (Hrsg.), Internationales Erbrecht, Loseblatt, 129. Auflage Dezember 2024

Heckschen/Herrler/Münch (Hrsg.), Beck'sches Notar-Handbuch, 8. Auflage 2024 (zit.: BeckNotar-HdB/Bearbeiter)

Heidel/Pauly (Hrsg.), AnwaltFormulare, 10. Auflage 2021

Horn (Hrsg.), Anwaltformulare Vorsorgevollmachten, 2. Auflage 2023

Keim/Lehmann (Hrsg.), Beck'sches Formularbuch Erbrecht, 5. Auflage 2023 (zit.: BeckFormB ErbR/Bearbeiter)

Kerscher/Krug/Spanke (Hrsg.), Das erbrechtliche Mandat, 6. Auflage 2019

Kipp/Coing, Erbrecht, 14. Auflage 1990

Kössinger/Najdecki/Zintl (Hrsg.), Handbuch der Testamentsgestaltung, 7. Auflage 2024

Krätzschel/Falkner/Döbereiner, Nachlassrecht, 12. Auflage 2022

Krug/Rudolf/Kroiß/Bittler (Hrsg.), Anwaltformulare Erbrecht, 7. Auflage 2023

Lange, Erbrecht, 3. Auflage 2022

Lange/Kuchinke, Erbrecht, 5. Auflage 2001

Langenfeld/Fröhler, Testamentsgestaltung, 6. Auflage 2025

Mayer/Bonefeld/Tanck (Hrsg.), Testamentsvollstreckung, 5. Auflage 2022

Mayer/Geck, Der Übergabevertrag, 3. Auflage 2013

Mayer/Süß/Riedel/Bittler (Hrsg.), Handbuch Pflichtteilsrecht, 5. Auflage 2024

Riedel (Hrsg.), Immobilien in der Erbrechtspraxis, 2018

Riedel (Hrsg.), Praxishandbuch Unternehmensnachfolge, 3. Auflage 2021

Rißmann (Hrsg.), Die Erbengemeinschaft, 4. Auflage 2025

Rott/Kornau/Zimmermann, Praxishandbuch Testamentsvollstreckung, 3. Auflage 2022

Scherer (Hrsg.), Münchener Anwaltshandbuch Erbrecht, 6. Auflage 2024 (zit.: MAH ErbR/Bearbeiter)

Schiffer (Hrsg.), Die Stiftung in der Beraterpraxis, 4. Auflage 2015

Schiffer/Rott/Pruns, Die Vergütung des Testamentsvollstreckers, 2. Auflage 2022

Schlitt/Müller-Engels (Hrsg.), Handbuch Pflichtteilsrecht, 3. Auflage 2024

Scholz/Kleffmann, Praxishandbuch Familienrecht, Loseblatt

Süß (Hrsg.), Erbrecht in Europa, 5. Auflage 2025

Uricher (Hrsg.), Erbrecht, 5. Auflage 2023

Wetzel/Odersky/Götz (Hrsg.), Handbuch Erbengemeinschaft, 2019

Zimmermann, Die Testamentsvollstreckung, 6. Auflage 2023

Teil I: Grundlagen der Testamentsgestaltung

§ 1 Vorfragen

Julia Roglmeier, LL.M.

Inhalt

A. Einleitung	1	C. Methodik und Aufbau der Erstberatung	27
B. Ausgangslage	5	I. Mandatsannahme	27
I. Personenanalyse	5	II. Vorbereitung und Durchführung der	
II. Vermögensanalyse	9	Erstberatung	30
III. Verfügungen	16	III. Nachbereitung und weiterer Verlauf des	
IV. Besonderheiten		Mandats	36
		D. Checkliste: Ermittlung der Ausgangslage	39

A. Einleitung

Nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2022¹ haben zwei Drittel der befragten Deutschen kein Testament errichtet. Weitere 7 % haben zwar ein Testament, sind aber selbst der Meinung, dieses sei nicht mehr aktuell. Die Dunkelziffer der existenten Testamente, die fehlerbehaftet ist – ohne dass sich die Betroffenen darüber im Klaren sind –, ist hierbei noch gar nicht eingerechnet. Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass der Bereich der Testamentsgestaltung sowohl für den anwaltlichen Berater als auch für den Notar auch in den kommenden Jahren ein interessantes Tätigkeitsgebiet bleiben dürfte, bei dem die Arbeit nicht ausgeht.

Die rechtlichen Konstellationen, die es dabei zu lösen gilt, sind genauso unerschöpflich wie die Zielsetzungen der Mandanten, die diese bei ihrer Nachfolgeplanung verfolgen. Fragt man als guter juristischer Berater im Rahmen der Erstberatung nach den **Motiven** für die Errichtung einer Verfügung von Todes wegen, fallen meist folgende Fallgruppen ins Auge:

- Streitvermeidung unter den Erben
- Gerechtigkeit
- Absicherung des Partners
- Steueroptimierung
- Familienbindung des Vermögens
- Schutz des Vermögens vor dem Zugriff Dritter

Die Frage nach den Zielen, die mit der Errichtung einer letztwilligen Verfügung vom Mandanten verfolgt werden, stellt für jeden Berater den zentralen Dreh- und Angelpunkt eines jeden Erstberatungsgesprächs dar. Kein Fall ist gleich. Lösungen von der Stange verbieten sich. Aus diesem Grund ist es von elementarer Bedeutung, die Ausgangslage exakt zu ermitteln. Dabei muss die unterschiedliche Motivationslage mit der individuellen Personen- und Vermögenssituation des Mandanten abgeglichen und auch persönliche Besonderheiten des Falls – bspw. Kinder, die sich unterschiedlich entwickeln und nach dem Erbfall in Streit geraten könnten – müssen ausführlich abgefragt werden. Wichtig ist auch

2

 $^{1\} https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1330068/umfrage/anteil-der-deutschen-mit-testament/.$

- eine Analyse früherer Verfügungen. Ist der Mandant nämlich bereits erbrechtlich gebunden, kann eine neue Verfügung von Todes wegen nicht errichtet werden, ehe die Bindung nicht beseitigt worden ist.
- Eine optimale Vermögensnachfolgeplanung besteht neben der Planung der Nachfolge von Todes wegen auch noch aus weiteren Elementen. Allen voran steht hier die Vorsorgeplanung für den Fall der Krankheit oder des Alters des Mandanten, bestehend aus Generalund Vorsorgevollmacht sowie Patientenverfügung. Flankierend zur Errichtung einer letztwilligen Verfügung besteht zudem die Möglichkeit der Vermögensweitergabe mit warmer Hand in Form der (steueroptimierten) vorweggenommenen Erbfolge. Beide Bereiche sollten im Rahmen der Erstberatung stets mitabgefragt werden. Auch gibt es Konstellationen, in denen die Errichtung oder Neufassung weiterer begleitender Verfügungen notwendig werden kann. Zu denken ist in diesem Zusammenhang vor allem an die Errichtung von Eheverträgen (auch im Rahmen von sog. Güterstandsschaukeln) oder von Verzichtsverträgen jeder Couleur, wie bspw. Pflichtteilsverzichtsverträgen, die besonders im Rahmen der Unternehmensnachfolge oder in Patchwork-Konstellationen eine Rolle spielen können.

B. Ausgangslage

I. Personenanalyse

- Am Anfang eines jeden Vermögensnachfolgeplanungsmandats steht eine ausführliche Ermittlung der Ausgangslage. Dabei gilt es zunächst, den Familienstammbaum des Mandanten abzufragen (vgl. auch § 2 Rdn 25 f.). Es stellen sich insbesondere folgende Fragen:
 - Ist der Mandant verheiratet und wenn ja, in welchem Güterstand lebt er bzw. wo wurde die Ehe geschlossen?
 - Welche Nationalität hat der Mandant, wo liegt sein derzeitiger und künftiger gewöhnlicher Aufenthaltsort?
 - Hat der Mandant Abkömmlinge und wenn ja, aus welchen Beziehungen stammen diese?
 - Leben die Eltern des Mandanten noch?
 - Gibt es weitere Personen entferntere Familienangehörige oder Personen aus dem näheren Umfeld des Mandanten -, die für ihn eine Rolle spielen?
- Der Stammbaum des Mandanten sollte immer so vollständig wie möglich erfasst werden. Es gilt der Grundsatz "Lieber zu viele Personen als zu wenige!". Der Grund hierfür liegt darin, potenzielle "Störfeuer" frühzeitig zu erkennen und Schwierigkeiten, die im Erbfall sonst auftreten könnten, rechtzeitig aus dem Weg zu räumen. Sind bspw. keine Abkömmlinge vorhanden, leben aber die Eltern oder ein Elternteil des Mandanten noch, können diesen Pflichtteilsrechte erwachsen, auch wenn dritte Personen (der Partner oder Ehegatte) als Erben eingesetzt werden. Patchwork-Konstellationen erfordern ebenfalls ein besonderes Augenmerk des juristischen Beraters. Immerhin gilt es, den Vermögensfluss im Erbfall exakt vorauszuplanen, um sicherzustellen, dass der Nachlass nicht durch unglücklich hintereinander geschaltete Erbfälle bei Personen ankommt, die der Erblasser nicht begünstigen will.
- 7 Seit Inkrafttreten der Europäischen Erbrechtsverordnung (VO (EU) Nr. 650/2012) am 17.8.2015 ist weniger die Nationalität des Mandanten als vielmehr sein **gewöhnlicher Aufenthaltsort** entscheidend für die Anwendbarkeit deutschen Erbrechts. Die Nationalität nicht abzufragen wäre allerdings ein fataler Fehler. Schließlich können nach wie vor Fragen des internationalen Rechts eine Rolle spielen, nämlich dann, wenn der Mandant die Nationalität eines Drittstaats oder Vermögen in einem Drittstatt besitzt.

10

11

12

13

Schlussendlich bestimmt der Güterstand, in dem der Erblasser verheiratet ist, die Erb- und Pflichtteilsquoten des Ehegatten und der Abkömmlinge bzw., wenn diese nicht vorhanden sind, die der Eltern. In Fällen, in denen eine Pflichtteilsreduzierungsstrategie unternommen werden soll, liegt hierauf besonderes Augenmerk. Gleichzeitig können sich steuerrechtliche Problemfelder eröffnen, z.B. weil die Steuerfreiheit der Zugewinnausgleichsforderung nach § 5 Abs. 1 S. 5 ErbStG wie ein zusätzlicher Freibetrag wirkt, der einem in Gütertrennung lebenden Ehegatten gerade nicht zukommt.

II. Vermögensanalyse

Neben der Aufstellung der für den Erblasser wichtigsten Personen ist auch die Analyse des später im Nachlass befindlichen Vermögens elementar, wenn die Vermögensnachfolgeplanung reibungslos ablaufen soll (vgl. auch § 2 Rdn 28). Unterschieden werden sollte nach folgenden Kategorien:

- Immobilien/Immobilienanteile
- Gesellschaftsanteile und Unternehmensbeteiligungen
- übriges mobiles Vermögen (Bank-, Konten- und Depotvermögen sowie weitere werthaltige Vermögensgegenstände)
- Passivpositionen und Belastungen (z.B. valutierende Darlehen)

Zusätzlich zur Untergliederung in die vorstehenden Rubriken sollte stets untersucht werden, woher das Vermögen historisch stammt. Sind Vermögenpositionen bspw. von einer Vor- und Nacherbschaft in einer früheren Verfügung von Todes wegen umfasst, handelt es sich um erbrechtlich gebundenes Vermögen, das nicht ohne Weiteres testamentarisch an andere Personen als die vom Ursprungserblasser festgelegten Nacherben weitergegeben werden kann.

Ebenfalls von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die steuerlichen Konsequenzen der Nachfolgeplanung von Todes wegen. So kommen Ehegatten und unter bestimmten Voraussetzungen auch Kinder in den Genuss des sog. Familienheimprivilegs nach §13 Abs. 1 Nr. 4b und 4c ErbStG, wenn sie das vom Erblasser selbstgenutzte Objekt für die Dauer von mindestens zehn Jahren ab dem Erbfall weiter selbst nutzen. Um in den Genuss der Privilegierung zu kommen, muss die letztwillige Verfügung allerdings natürlich sicherstellen, dass das Familienheim auch tatsächlich den erbschaftsteuerlich begünstigten Personengruppen von Todes wegen zufällt.

Gerade im Bereich des Gesellschaftsrechts ist der Grundsatz "Gesellschaftsrecht bricht Erbrecht" aus Art. 2 EGHGB bestimmend. Zudem können sich insbesondere bei Anteilen an Personengesellschaften von persönlich haftenden Gesellschaftern Schwierigkeiten wegen der unterschiedlichen Haftungsregime im Rahmen der Anordnung einer Testamentsvollstreckung ergeben. Im Rahmen von Unternehmensbeteiligungen im Nachlass oder auch von privatem Vermögen, das in einer Gesellschaft gehalten wird, sollten daher stets die zugrunde liegenden Gesellschaftsverträge eingesehen und ggf. an die Nachfolgeplanung angepasst werden.

Ist der künftige Erblasser verheiratet oder nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz in eingetragener Lebenspartnerschaft lebend, sollte immer das beiderseitige Vermögen getrennt aufgenommen werden. Dies auch deshalb, weil sich auf diese Weise die Vermögensverteilung und die erbschaft-/steuerliche Situation der Beteiligen besser beurteilen lässt. Macht es Sinn, dass im Erbfall das komplette Erblasservermögen zugunsten der Verfügungsfreiheit des Längerlebenden an diesen fallen soll oder sollten die Abkömmlinge unter Ausreizung ihrer persönlichen Steuerfreibeträge am Nachlass beteiligt werden? Bestehen außerhalb des Testa-

Roglmeier

ments Möglichkeiten, im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge Vermögenspositionen gleichmäßiger unter den Eheleuten und den weiteren Familienangehörigen zu verteilen, mit dem Ziel, eine hohe Erbschaftsteuerlast im Erbfall zu vermeiden? Größte Vorsicht ist im Rahmen von Unternehmensnachfolgen geboten. Die Begründung oder – noch fataler – die Beendigung einer Betriebsaufspaltung im Erbfall sollte bei der Ausgestaltung der letztwilligen Verfügung stets im Blick behalten werden.

- Ganz generell empfiehlt es sich, bei einer besonders komplexen Vermögenszusammensetzung die Nachfolgeplanung und deren Konsequenzen auch steuerrechtlich gegenzuprüfen bzw. nötigenfalls kanzleiextern von einem Steuerberater begleiten zu lassen.
- In der Sache faktisch schwierig gestaltet sich häufig die Frage nach dem Wert der einzelnen Vermögenspositionen. Immerhin wissen viele Mandanten selbst nicht genau, was das Eigenheim oder andere Gegenstände wert sind. Gestellt werden sollte die Frage dennoch. Schließlich ist sie regelmäßig nicht nur für das Beraterhonorar wichtig. Immerhin lässt sich nur so abklopfen, ob flankierende lebzeitige Maßnahmen notwendig sind und wie der Erwerb von Todes wegen der einzelnen Wunschbegünstigten einmal ausfallen könnte. Das ist angesichts zivilrechtlicher Möglichkeiten, wie bspw. einer taktischen Ausschlagung nach § 2306 BGB, relevant, aber wiederum auch steuerrechtlich von Bedeutung.

III. Verfügungen

- Für das Mandat entscheidend kann die Frage nach **früheren Verfügungen** des künftigen Erblassers sein. Hierunter fallen bspw.
 - frühere Verfügungen von Todes wegen (Ehegatten-/Testamente, Erbverträge)
 - Vorschenkungen an Familienangehörige und Dritte
 - Verzichtsverträge
 - Gesellschaftsverträge
 - Kaufverträge (vor allem wegen ertragsteuerlicher Konsequenzen im Zusammenhang mit § 23 EStG)
 - Eheverträge und familienrechtliche Vereinbarungen
 - Vorsorgeregelungen (General- und Vorsorgevollmachten, Patientenverfügungen)
 - alle weiteren Verfügungen und Verträge, die für die Nachfolgeplanung eine Rolle spielen könnten
- Die Frage nach früheren Verfügungen oder "rechtlichen Unternehmungen" jedweder Art ist deshalb so wichtig, weil von ihr maßgeblich die Struktur der letztwilligen Verfügung und die Vorgehensweise im Rahmen der Vermögensnachfolgeplanung abhängen. Ist der Mandant über Regelungen aus Altverfügungen von Todes wegen erbrechtlich gebunden, kann nicht ohne Weiteres ein Testament errichtet werden. Zunächst gilt es in diesen Fällen, die Bindungswirkung aus der Altverfügung zu beseitigen. Bspw. muss ein getrennt lebender Ehegatte, sofern die Scheidungsvoraussetzungen nicht vorliegen, zunächst ein früher errichtetes Ehegattentestament unter Wahrung der Formvorschriften nach § 2271 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 2296 Abs. 2 S. 2 BGB widerrufen, ehe ein neuerlich errichtetes Einzeltestament Wirksamkeit entfalten kann. Ist der erste Erbfall einmal eingetreten, wird es ungleich schwieriger. Eine Lösung von der Bindungswirkung kann in diesen Fällen im Zweifel nur über eine taktische Ausschlagung oder einen Zuwendungsverzicht der letztwillig Begünstigten erreicht werden.
- 18 Gleiches gilt für **erbrechtlich gebundenes Vermögen**: Ist der künftige Erblasser Eigentümer von Vermögenspositionen, die zu einem **Vorerbe** rechnen, kann er das erbrechtliche

Schicksal dieser Vermögensgegenstände nicht mehr frei festlegen, weil dies bereits der Ursprungserblasser über die Bestimmung eines Nacherben getan hat.

Vorschenkungen spielen sowohl zivilrechtlich als auch steuerrechtlich eine bedeutende Rolle. Neben der Frage, inwieweit die Erbschaft- und Schenkungsteuerfreibeträge der beteiligten Angehörigen bereits ausgereizt sind oder ggf. noch ausgereizt werden können, sollten stets auch die zugrunde liegenden Verträge gesichtet und ausgewertet werden. Mitunter finden sich in solchen Verträgen nämlich Regelungen, die Auswirkungen auf die Nachfolgeplanung und die Testamentsgestaltung haben können. Zu denken ist hier vor allem an Ausgleichungspflichten nach den §§ 2050 ff. BGB oder Anrechnungsbestimmungen nach § 2315 BGB.

Verzichtsverträge haben ebenfalls nicht unerheblichen Einfluss auf die Nachfolgeplanung. Während ein Erbverzicht infolge der Vorversterbensfiktion auch auf Pflichtteilsebene durchschlägt, können Pflichtteilsverzichtserklärungen die Regelungen im Rahmen von Patchwork-, Geschiedenen- und behindertengerechten Testamenten deutlich vereinfachen.

Gesellschaftsverträge und Vereinbarungen sind stets mit den Inhalten der letztwilligen Verfügung abzugleichen und aufeinander abzustimmen. Die Gestaltung einer letztwilligen Verfügung ist damit ohne die Kenntnis des Inhalts der Gesellschaftsverträge, an denen der Erblasser beteiligt war, schlicht nicht sinnvollerweise möglich.

Ehevertragliche Vereinbarungen sind grundlegend für die Berechnung der Erb- und Pflichtteilsquoten. Zudem stellen sie gerade auch bei Unternehmensnachfolgemandaten einen wichtigen Baustein dar, der der Vermögenssicherung im Erbfall dient.

Auch bereits existente Vorsorgeregelungen (General- und Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen) sollten abgefragt und gesichtet werden. Immerhin gilt es bspw. regelmäßig, einen Gleichlauf von Vollmacht und testamentarisch oder erbvertraglich angeordneter Testamentsvollstreckung herzustellen. Unabhängig davon besteht bei vielen Mandanten immer noch der fatale Irrglaube, Downloads aus dem Internet würden im Rahmen der Errichtung von General- und Vorsorgevollmachten ohne Einhaltung der bei Gesellschaftsund Immobilienvermögen vorgeschriebenen öffentlichen Errichtungsform genügen. Hier gilt es, das Nachfolgemandat ganzheitlich zu betrachten: Neben der Errichtung der letztwilligen Verfügung selbst sollten stets auch Problemfelder in der Peripherie auf Fehler und mögliche Problemstellungen hin abgeklopft werden. Nur auf diese Weise wird eine Vermögensnachfolgeplanung rund.

IV. Besonderheiten

Die Besonderheiten eines Mandats, die sog. soft facts, sind ein nicht zu unterschätzender Aspekt, der bei der Planung der Nachfolge von Todes wegen eine erhebliche Rolle spielt. Von ihnen hängt es schlussendlich ab, ob die Strategie der Vermögensnachfolgeplanung aufgeht. Besonders wichtig ist es daher, beim Mandanten folgende Punkte abzufragen:

- Wie ist das Verhältnis zu Eltern/Schwiegereltern, Kindern/Schwiegerkindern, Ex-/Partnern und weiteren Personen, die an der Vermögensnachfolge direkt oder mittelbar beteiligt sind?
- Gibt es Spannungen zwischen einzelnen Angehörigen und wenn ja, warum?
- Wie ist die gesundheitliche Verfassung der Beteiligten? Droht insbesondere eine Geschäftsunfähigkeit oder ein baldiger Erbfall?
- Gibt es Personen, die besonders schutzbedürftig sind, wie z.B. minderjährige Kinder, Menschen mit Behinderung oder Bürgergeldempfänger?

19

20

21

22

23

.3

24

- Welche weiteren Besonderheiten im persönlichen Umfeld des Erblassers könnten bei der Nachfolgeplanung eine Rolle spielen?
- Eine gute Nachfolgeplanung lebt davon, dass sie auf die Bedürfnisse der Beteiligten optimal zugeschnitten ist. Die Inhalte der letztwilligen Verfügung sollten daher in erster Linie mit den Interessen der erbrechtlich Begünstigten korrespondieren und jedenfalls nicht ausschließlich auf dem Erblasserwillen basieren. Hilfreich können in diesem Zusammenhang auch sog. Generationengespräche sein. Folgende Fragen sollten dabei im Familienkreis zwischen Erblasser und erbrechtlich Begünstigten besprochen werden:
 - Welches Kind möchte später einmal welche Vermögenswerte übernehmen?
 - An welchen Nachlasspositionen besteht demgegenüber kein Interesse?
 - Wie lassen sich das Absicherungsinteresse des längerlebenden Partners mit steuerlichen Erwägungen und dem Übernahme- und Verteilungsinteresse der Kinder vereinbaren?
 - Welche Zukunftsplanung verfolgen die einzelnen Beteiligten?
- Natürlich sind Gespräche dieser Art nicht in jeder Familie erwünscht oder möglich. Wenn sich aber eine Möglichkeit dazu bietet, ein Generationengespräch durchzuführen, dann sollte diese unbedingt ergriffen werden. Hierzu sollte auch der mit der Nachfolgeplanung mandatierte Rechtsanwalt oder Notar motivieren. Ein solches Gespräch kann in familiärem Rahmen, aber auch moderiert durch den juristischen Berater in der Kanzlei stattfinden. Auf diese Weise besteht für alle Beteiligten die Möglichkeit, ihre individuellen Wünsche und Befürchtungen zu äußern. Gleichzeitig können auch Regelungsinhalte der letztwilligen Verfügung besprochen werden. Was nützt bspw. ein juristisch und steuerrechtlich optimal ausgestaltetes Steuervermächtnis, wenn weder Partner noch Kinder um die Bedeutung wissen und den komplexen Regelungsmechanismus nicht verstanden haben? Die Planung der eigenen Nachfolge sollte, wann immer möglich, transparent unter den jeweils betroffenen Personen erörtert werden. Ein Testament ist keine "geheime Sache". Die größtmögliche Aussicht auf Erfolg besteht dann, wenn alle Beteiligten wissen, was auf sie zukommt, und mit den Regelungsinhalten einverstanden sind.

C. Methodik und Aufbau der Erstberatung

I. Mandatsannahme

- Bereits bei der Mandatsannahme kann gleichsam vieles richtig oder alles falsch gemacht werden. Entscheidend ist, ob ein Vermögensnachfolgemandat richtig eingefädelt wird. Sinnvoll ist es in diesem Zusammenhang, bereits die Mitarbeiter im Sekretariat, die den Erstkontakt durchführen, dahin gehend zu schulen, dass wichtige Eckdaten beim künftigen Mandanten unmittelbar abgefragt werden:
 - In welchen Familienverhältnissen lebt der Mandant?
 - Wie setzt sich sein Vermögen zumindest grob zusammen?
 - Gibt es Altverfügungen, Verträge oder andere Urkunden, die von Bedeutung sein könnten?
 - Ist besondere Eile geboten (z.B. bei Fragen einer taktischen Ausschlagung, bei drohender Geschäfts-/Testierunfähigkeit oder bei einer Erkrankung, die letalen Lauf genommen hat)?
 - Wer wird an der Erstberatung teilnehmen und auf wen soll das Mandat laufen?
- Je detaillierter der juristische Berater bereits im Vorfeld der Erstberatung Bescheid weiß über die Inhalte, die mit dem Mandanten besprochen werden müssen, umso gehaltvoller wird das Gespräch. Umgekehrt können auf diese Weise auch frühzeitig Mandate ausgesiebt

werden, die nicht zum Leistungsprofil einer mit Vermögensnachfolgethemen betrauten Kanzlei passen. Natürlich muss im Bewusstsein bleiben, dass bei der Mandatsannahme sensible Daten und Fakten abgefragt werden, die nicht unbedingt sofort jeder Mandant bei einem ersten Kontakt preisgeben möchte. Hier ist beim Kanzleipersonal entsprechendes Fingerspitzengefühlgefragt.

In manchen Fällen kommen die Mandate aber auch über den Kontakt zu einem Steuerberater oder einem Finanzdienstleister zustande. Das kann sowohl im Hinblick auf die Zuleitung einer ersten Personen- und Vermögensübersicht im Vorfeld der Erstberatung wie auch im Hinblick auf die notwendige Vertrauensebene zwischen Berater und Anwalt bzw. Notar von großem Nutzen sein. Schließlich profitiert ein mit der Nachfolge mandatierter Jurist regelmäßig von einem bereits bestehenden Vertrauensverhältnis des Mandanten zu einem anderen Dienstleister, der das Mandat vermittelt hat.

II. Vorbereitung und Durchführung der Erstberatung

Wann immer faktisch und zeitlich möglich, sollte die Erstberatung vom juristischen Berater anhand der durch die Kanzleimitarbeiter erfragten Sachverhaltsdetails und ggf. vorab eingereichter Unterlagen vorbereitet werden (vgl. auch § 2 Rdn 14 f.). Ungemein hilfreich ist es, dabei folgendes Schema im Blick zu behalten:

- Personen
- Vermögen
- Verfügungen
- Besonderheiten

Es empfiehlt sich die Anlage eines **Stammbaums** und die Berechnung der Erb- und Pflichtteilsquoten. Weiter ist es sinnvoll, eine (grobe) **Vermögensübersicht** anzulegen – das jedenfalls, soweit die Positionen im Vorfeld der Erstberatung bereits bekannt sind. Hat der Mandant bereits Unterlagen eingereicht, wie z.B. frühere Testamente, Unterlagen zu Vorschenkungen oder Eheverträge, sollten diese selbstverständlich ausgewertet werden. Oftmals ergeben sich bereits aus diesen Dokumenten bestimmte Weichenstellungen, die richtungsweisend für das sich anschließende Gespräch sein können. Die fallspezifischen Besonderheiten werden üblicherweise zwar erst im Rahmen der tatsächlichen Erstberatung im Detail bekannt, allerdings erweist sich gerade an diesem Punkt erbrechtlich geschultes Kanzleipersonal als sehr hilfreich. Eine geschickte und mit der notwendigen Empathie unternommene Fragestellung beim ersten Telefonat kann erste Anhaltspunkte für den Berater liefern, unter welcher Überschrift er das anschließende Erstberatungsgespräch vorbereiten muss.

Ist der juristische Berater in seiner Funktion als Rechtsanwalt tätig, sollten stets auch mögliche Interessenkollisionen im Blick behalten werden. Im Vorfeld der Erstberatung unbedingt zu klären sind dabei folgende Fragen:

- Wer wird Mandant?
- Wer nimmt am Erstberatungsgespräch teil?
- Welche Inhalte werden besprochen?

Die Vertretung von Personenmehrheiten ist in erbrechtlichen Mandaten aus Kollisionsgründen generell kritisch. Das gilt für alle Mandate, die nach Eintritt eines Erbfalls geführt werden, aber auch für Gestaltungsmandate im Rahmen der Vermögensnachfolgeplanung. Häufig wenden sich Ehepaare mit dem Wunsch, eine letztwillige Verfügung errichten zu wollen, an den Rechtsanwalt. In diesen Fällen sollte stets nur einer der Eheleute als Mandant geführt und das auch klar gegenüber den Beteiligten kommuniziert werden. Ebenfalls

30

29

31

32

sollte darauf geachtet werden, dass bei Mandaten, die keinen Erbvertrag, sondern eine Testamentserrichtung zum Inhalt haben, selbstverständlich immer der künftige Erblasser und nicht der testamentarisch Begünstigte vertreten werden sollte.

Im Rahmen der sich an die Vorbereitung anschließenden Erstberatung bietet es sich an, ebenfalls nach oben genanntem Schema (Personen, Vermögen, Verfügungen, Besonderheiten) vorzugehen und in diesem Rahmen die im Vorfeld verzeichneten Eckpunkte mit dem vom Mandanten geschilderten Sachverhalt abzugleichen. Selbstverständlich sind dann auch die Ziele und Wünsche, die der Mandant mit seiner Vermögensnachfolgeplanung verfolgt, zu erfragen. In einem zweiten Teil der Erstberatung folgt sodann die Schilderung der ersten Lösungsgedanken durch den juristischen Berater. Je besser die Vorbereitung des Gesprächs vorgenommen werden konnte, umso gehaltvoller wird dieser Teil der Erstberatung ausfallen. Die Intensität der Erstberatung ist für den erfolgreichen Mandatsabschluss von unschätzbarer Bedeutung. Immerhin gilt es, den Fragesteller in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit davon zu überzeugen, das weitergehende Mandat auch zu erteilen.

35 Die Erstberatung endet sodann mit einer Kalkulation der für die Umsetzung des Auftrags anfallenden Kosten.

III. Nachbereitung und weiterer Verlauf des Mandats

- Die Nachbereitung der Erstberatung sollte regelmäßig aus einem sog. Ausgangslageschreiben an den Mandanten bestehen, in dessen Rahmen die mitgeteilten Informationen zur Personen- und Vermögenssituation inklusive etwaig vorhandener früherer Verfügungen nebst den Besonderheiten des Sachverhalts und einer Auflistung der konkreten Wünsche des Mandanten noch einmal zusammengefasst werden. Auch eine (kurze) Umschreibung der empfohlenen nächsten Schritte ist sinnvoll.
- Der Sinn und Zweck dieser Vorgehensweise besteht zum einen darin, dem Mandanten die komplexen juristischen Informationen noch einmal zusammenzufassen und damit eine vernünftige Basis zu schaffen für ein empfohlenes Generationengespräch in der Familie. Sinnvoll ist die Zusammenfassung aber auch angesichts der Begrenzung der eigenen Beraterhaftung. Auf diese Weise wird schließlich noch einmal dokumentiert, welche Informationen als Grundlage für die weitere Ausgestaltung der (letztwilligen) Verfügungen gedient haben bzw. welche Umstände dem juristischen Berater vielleicht gerade auch unbekannt waren.



Muster 1.1: Ausgangslageschreiben an den Mandanten

Sehr geehrter Herr/Sehr geehrte Frau ______,

ich bedanke mich für das freundliche Gespräch vom , welches ich Ihnen vereinbarungsgemäß noch einmal wie folgt zusammenfassen darf:

1. Ausgangslage

Sie sind deutsche/r Staatsangehörige/r und in erster Ehe in Zugewinngemeinschaft (also ohne Ehevertrag) verheiratet. Aus Ihrer Ehe stammen zwei Kinder:

– und

Sie haben keine bindenden Verfügungen von Todes wegen und keine Vorsorgeregelungen errichtet. Es existiert jedoch eine Bankvollmacht.

Ihr	ermogen setzt sich wie folgt zusammen:	
-	elbstgenutzte Eigentumswohnung in, Alleineigentum, unbelastet, geschätzter Verkehr	swert
	a. EUR;	
-	Appartement in, vermietet, hälftiges Miteigentum der Ehegatten, geschätzter Verkehr	swert
	a. EUR;	
-		
-	Bar- bzw. Bankvermögen der Ehefrau ca. EUR;	
-	Bar- bzw. Bankvermögen des Ehemannes ca. EUR.	
Sor	it beläuft sich Ihr aktuelles Vermögen auf ca EUR.	
lm	ahr hat Ihre Tochter eine Vorschenkung in Höhe von FUR erhalten.	

2. Ihre Interessen und Wünsche

Sie möchten Ihre Vermögensnachfolge planen und sich gleichzeitig zu Lebzeiten absichern. Dabei ist es Ihr vorrangiges Ziel, dass möglichst wenig (idealerweise keine) Steuern anfallen und unter den Kindern kein Streit entsteht.

Sie tragen sich dabei mit dem Gedanken der Errichtung eines Ehegattentestaments und von Vorsorgevollmachten.

3. Erste Lösungsgedanken

a) Testament

Zunächst haben wir uns über die Grundbausteine eines Ehegattentestaments unterhalten. Insbesondere sind wir dabei auf die Möglichkeit eines steueroptimierten Vermächtnisses beim ersten und auch beim zweiten Erbfall eingegangen. Möglich ist daneben u.a. die Aufnahme von Regelungen zur Bindungswirkung und zum Minderjährigenschutz.

b) Übergabe

Gesprochen haben wir anschließend über die Kernelemente einer klassischen Immobilienübergabe. Eine klassische Immobilienübergabe erfolgt unter Vorbehalt von Nutzungs- und Rückforderungsrechten. Steuerrechtlich müssen bei einer klassischen Immobilienübergabe die Freibetragsgrenzen eingehalten werden. Bei Immobilienvermögen rate ich stets eine steuerliche Bewertung an. Eine vorhergehende Bewertung schützt Sie und Ihre Familie vor bösen Überraschungen bei der Werteinschätzung durch das Finanzamt. Sie haben sich gegen eine Immobilienübergabe zu Lebzeiten entschieden. Insofern besteht hier kein Handlungsbedarf.

c) Vorsorgeregelungen

Im Anschluss hatten wir noch über die Notwendigkeit einer Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung gesprochen. Gerade bei vorhandenem Immobilienvermögen ist eine lebzeitige Absicherung unabdingbar. Sie erreichen auf diese Weise eine Zurückdrängung staatlicher Kontrolle in größtmöglichem Umfang. Dadurch reduziert sich im Vorsorgefall nicht nur die finanzielle, sondern auch die persönliche Belastung Ihrer Familienangehörigen. Die Vorsorgevollmacht muss in Ihrem Fall in öffentlicher Form errichtet werden, um umfassend wirksam zu sein. Darunter versteht man entweder eine (notarielle) Beglaubigung oder eine Beurkundung. Beide Varianten sind rechtlich zulässig. Die Beglaubigungsvariante ist günstiger, wohingegen die Beurkundungsversion eine höhere Anerkennung im Rechtsverkehr bietet und auch zur Aufnahme von Verbraucherdarlehen ermächtigt. Bitte lassen Sie mich im Mandatierungsfall wissen, für welche der beiden Lösungen Sie sich entschieden haben.

4. Weitere Vorgehensweise

Ich hatte Ihnen unser Honorarsystem erläutert: In Ihrem Fall entstehen gemessen an Ihrem Vermögen folgende Kosten für die anwaltliche Beratung:

Beiliegend finden Sie unsere Vergütungsvereinbarung sowie unsere Mandatsbedingungen jeweils in doppelter Ausführung und verbunden mit der Bitte um Unterschrift und Rücksendung jeweils beider Exemplare.

Bei Personenmehrheiten (Eheleute) bitte ich aus Gründen der Mandatsführung darum, dass lediglich der Ehegatte die Dokumente unterzeichnet, auf den sie ausgestellt sind.

Ich freue mich, wenn ich für Sie tätig werden darf, und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt/Rechtsanwältin

D. Checkliste: Ermittlung der Ausgangslage

39 1. Personen

- Künftiger Erblasser (inkl. Nationalität, gewöhnlicher Aufenthaltsort, Güterstand)
- Ehegatte/Lebenspartner/Ex-Partner
- Kinder/Schwiegerkinder/Stiefkinder
- Eltern
- Enkel, Pflegekinder, weitere Personen

Motto: Lieber zu viele als zu wenige!

2. Vermögen

- Immobilien/Immobilienanteile (Betriebs-/Privatvermögen, Erwerbszeitpunkt, Herkunft, Belastungen, Verkehrswert, Nutzungsart etc.)
- Gesellschaftsanteile und Beteiligungen (Gesellschaftsform, Betriebs-/Privatvermögen, Erwerbszeitpunkt, Herkunft, Bilanzen, Verkehrswert etc.)
- Mobiles Vermögen (Bank-, Konten-, Depotvermögen, sonstiges Vermögen)
- Passiva

Bei Eheleuten: Beiderseitiges Vermögen getrennt erfassen!

3. Verfügungen

- Frühere Verfügungen von Todes wegen (Ehegattentestamente, Erbverträge)
- Eheverträge, Scheidungsfolgenvereinbarungen
- Gesellschaftsverträge
- Vor-/Schenkungen, andere Zuwendungen
- Verzichtsverträge
- Vorsorgeverfügungen (General- und Vorsorgevollmachten, Patientenverfügungen)
- Alle weiteren Verträge, Beschlüsse, Urteile und Vereinbarungen, die für die Vermögensnachfolgeplanung interessant sein könnten

Unterlagen ggf. nachreichen lassen!

4. Besonderheiten

- Verhältnis zu Schwieger-/Stief-/Kindern/Eltern (auch untereinander)
- Besonders schutzbedürftige Personen (Minderjährige, Menschen mit Behinderung, Bürgergeldempfänger etc.)
- Aktive oder vergangene Rechtsstreitigkeiten unter den Beteiligten
- Alle weiteren Sachverhaltsumstände, die für die Vermögensnachfolgeplanung eine Rolle spielen könnten

Wenn möglich: Generationengespräch (begleitet oder innerfamiliär) anraten!

§ 2 Beraterpflichten bei der Testamentsgestaltung

Hannah-Silvia Heise

Literaturhinweise

Grziwotz/Sauer/Heinemann, Beurkundungsgesetz, 4. Aufl. 2024; Henssler/Prütting (Hrsg.), Bundesrechtsanwaltsordnung, 6. Aufl. 2024; Jonas K./Jonas H., Konfliktfrei vererben, 2013; Plogstedt, Abenteuer Erben, 25 Familienkonflikte, 2011; v. Schlippe, Das Testament schafft Fakten. Erben, Vererbung und Gerechtigkeit, Familiendynamik 1/2022, 4; Schönberger, Erben und Vererben, Psychologie Heute 7/2008, 36; Schons, Optimierung der anwaltlichen Vergütung, ErbR 2021, 664; Szydlik, Erben in Europa, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 2011, 543; Wegner-Kirchhoff/Kellner, Mediation mit Erben, Lösungsorientiertes Arbeiten mit Familien und kleinen Unternehmen, 2019; Wempe, Redet ihr noch oder habt ihr schon geerbt? Familienpsychologische Überlegungen zum Thema Erbe, Familiendynamik 1/2022, 12.

Inhalt

A.	Einführung	1	2. Feststellungen über die erforderliche	
В.	Anwaltliche Beauftragung	2	Geschäfts- und Testierfähigkeit	
	Mandatsverhältnis	2		36
	1. Allgemeines	2	3. Verfügungen von Personen mit Ein-	
	2. Widerruf	6	schränkungen und/oder Behinderungen	
	3. Vergütungsvereinbarung	10		37
	4. Aufnahmebogen	14		38
II.	Haftung	17	5. Mitwirkungsverbote (§§ 7, 24, 27	
	1. Haftpflichtversicherung	17		39
	2. Möglichkeiten zur Minimierung des		6. Registrierung im Zentralen Testaments-	
	Haftungsrisikos	19		42
	a) Sorgfältige Mandatsannahme und		7. Pflicht zur Verschließung und Abliefe-	
	Risikobewertung	19		45
	b) Haftungsbeschränkung	21	8. Testament durch Übergabe einer Schrift	
	c) Sorgfältige Dokumentation und			48
	Kommunikation	23	II. Wesentliche Unterschiede zur anwaltlichen	
III.	Sachverhaltsermittlung	25		52
	1. Familienverhältnisse	25	Letztwillige Verfügungen mehrerer	
	2. Vermögensverhältnisse	28		52
IV.	Schlussdokumentation	29		53
	Besondere Pflichten bei der notariellen			54
	Beauftragung	34		55
I.	Besonderheiten im notariellen			55
	Beurkundungsverfahren	35		56
	1. Persönliche Anwesenheit (§§ 2064, 2274			58
	BGB)	35		59
	,		V. Ausblick	

A. Einführung

Die Rolle des Beraters bei der Testamentsgestaltung ist hinsichtlich der weitreichenden Folgen einer letztwilligen Verfügung in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Ein Testament kann entweder für einen rechtssicheren und konfliktfreien Übergang des Vermögens an die nächste Generation sorgen oder für das Gegenteil davon. Die Beratung sollte zivilrechtliche, steuerrechtliche und familiäre Aspekte gleichermaßen beachten. Am Anfang der

Beratung gilt es daher, den Sachverhalt möglichst lückenlos zu ermitteln. Dies gilt für die anwaltliche und die notarielle Beratung gleichermaßen.

B. Anwaltliche Beauftragung

I. Mandatsverhältnis

1. Allgemeines

- Im Unterschied zur notariellen Beauftragung ist der anwaltliche Berater zunächst gehalten, festzustellen, mit wem das Mandatsverhältnis eingegangen werden soll. Mutet diese Fragestellung bei einem Einzelmandanten als unwesentlich an, so ist bei der Beratungsanfrage eines Ehepaares oder einer ganzen Familie die sofortige Klärung des Mandatsverhältnisses unverzichtbar. Andernfalls liegt ein Verstoß gegen das Verbot, widerstreitende Interessen zu vertreten, nahe. § 43a Abs. 4 S. 1 BRAO, § 3 Abs. 1 S. 1 BORA definieren als eine der anwaltlichen Grundpflichten das Verbot, widerstreitende Interessen zu vertreten. Es sei darauf hingewiesen, dass der Tatbestand des § 43a Abs. 4 BRAO bereits durch fahrlässiges Anwaltshandeln verwirklicht ist. 1
- Der Grundsatz, dass ein Mandatsverhältnis grundsätzlich nur mit einer der anfragenden Personen begründet werden soll, findet auch in den Fällen Anwendung, in denen die Ratsuchenden ausdrücklich versichern, ausschließlich gleichgerichtete Interessen zu verfolgen. Es ist nicht auszuschließen, dass den Mandanten zumindest zum Zeitpunkt der Eingehung des Mandatsverhältnisses eine etwaige Gegenläufigkeit ihrer Interessen nicht bewusst ist.

4 Praxistipp

übermitteln.

Das Erstgespräch sollte nur mit derjenigen Person geführt werden, mit welcher das Mandatsverhältnis begründet wird. Im weiteren Verlauf können der Ehepartner oder weitere Familienmitglieder auf Wunsch des Mandanten in Besprechungen und die Korrespondenz mit einbezogen werden. Es empfiehlt sich weiterhin, die entsprechenden Tatsachen zu dokumentieren und von der auftraggebenden Seite unterzeichnen zu lassen.



5

Muster 2.1: Mandantenerklärung zur Beauftragung und Kommunikation im Rahmen eines Testamentsmandats

Herr (nachfolgend "Mandant") erklärt hiermit, dass er Rechtsanwältin	mit der Erstellung
eines Testaments beauftragt hat. Im Rahmen dieses Mandats wünscht der Mandant	ausdrücklich die
Hinzuziehung seines Ehepartners und/oder der weiteren Familienmitglieder	
Der Mandant weist die Rechtsanwältin ausdrücklich an, sämtliche schriftliche	e Kommunikation,
die im Rahmen des Mandats erfolgt, bis auf Widerruf auch an die von ihm benan	nten Personen zu

Ein etwaiger Widerruf dieser Ermächtigung zur erweiterten Kommunikation ist vom Mandanten schriftlich gegenüber der Rechtsanwältin zu erklären.

Klarstellend wird festgehalten, dass das Mandatsverhältnis auch nach Einbeziehung weiterer Personen ausschließlich zwischen der Rechtsanwältin und dem ursprünglichen Auftraggeber, dem Mandanten, besteht.

¹ Henssler/Deckenbrock, NJW 2012, 3265.